

entfuhr bei der Anhörung des Psychiaters Platz die wahrhaft ungeheuerliche Frage, ob die Durchführung der Hauptverhandlung Herrn Honecker nicht neue Lebensgeister einhauchen werde. Bleibe fit in Moabit.

So ist zu erwarten, daß die Verteidigung, bevor es zur Sache und der Erörterung der vielfältigen rechtlichen Problematik des Honecker-Prozesses kommt, zunächst mit Ablehnungen die Besorgnis ihres Mandanten vorbringt, von befangenen Sachverständigen begutachtet worden zu sein und vor befangenen Richtern zu stehen.

Bevor Honecker gefragt wird, warum er an der Grenze schießen ließ, die so abwiegelnd die innerdeutsche genannt wurde, obgleich sie zeitweise eine brandgefährliche Trennungslinie zwischen zwei einander sehr unfreundlich gesonnenen, hochgerüsteten Machtblöcken war, wird er übrigens *keine* Erklärung abgeben. Das war ein Mißverständnis, die Moabiter Akustik ist schlecht.

Muß gegen einen Krebskranken um jeden Preis ein Prozeß geführt werden? Ein Prozeß, bei dem es offensichtlich gar nicht darauf ankommt, daß er je mit einem Urteil zu Ende geht. Nur begonnen mußte er werden, trotz wuchernder Geschwüre, um wuchernder persönlicher Eitelkeiten willen, und selbstverständlich völlig unpolitisch.

Einer der Honecker untersuchenden Ärzte hat in eigener Initiative Professor Eckard Gerstenberg vom Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Berlin zu Rate gezogen, einen anerkannten Radiologen mit onkologischen Erfahrungen. Dieser hat sich wissenschaftlich mit der Biodynamik tumoröser Prozesse in Organen wie der Leber beschäftigt und ein Gerät entwickelt, mit dem prognostische Aussagen möglich sind, wann eine solche Geschwulst dem Menschen den Tod bringt.

Gerstenberg sagt, die Lebensgrenze sei erreicht, wenn der Tumor ein Gewicht von einem Kilogramm erreicht habe. Ein Kilo – das entspricht einem Durchmesser von 12,5 Zentimetern.

Bisher hat sich das Volumen der Krebgeschwulst bei Honecker gleichmäßig alle zwei Monate verdoppelt. Das ist, wie es aussieht, eine Geschwindigkeit der höchsten Wachstumsstufe. Selbst wer die anregende Beschwerlichkeit einer Weltreise mit der Belastung einer Hauptverhandlung (für den Angeklagten!) gleichsetzt, kommt darüber nicht mehr hinweg.

Wenn es so weitergeht, dann schlägt Honeckers letzte Stunde am 1. Juni 1993, sagt Gerstenberg, „plus/minus 20 Prozent Wahrscheinlichkeit“. Der Kranke weiß das. Er erfährt, was an ihm gemessen und in Lebenszeit umgerechnet wird.

Der Wettlauf mit dem Tod ist in vollem Gang, der Punkt, an dem sogar all jenen Genüge getan ist, die verständlichen Hunger nach juristischer Gerechtigkeit gegen Honecker in sich tragen, längst erreicht. Gleich, welches Urteil der Vorsitzende Bräutigam in diesem so furchtbar normalen Strafprozeß verkünden würde – „Honeckers Richter“, der letzte, hat es dann schon vollstreckt.

Der Untersuchungshäftling Honecker, der einmal in seinem Leben auf der richtigen Seite stand, damals, als ihn die Nazis einsperrten, und diese Zeit ist ihm jetzt verständlicherweise präsenter als aller Glanz, in dem er sich einst sonnen durfte, sagt: „Wenn bloß das mit der Leber nicht wäre“ oder: „Wenn ich die Krankheit nicht hätte, würde ich die Sache hier durchfechten.“

Säßen da nicht die satisfaktionsunfähigen Uralten und Todkranken, es hätte ein historisches Gefecht werden kön-

Namen geschwärzt

Ein Untersuchungsausschuß soll die skandalöse Vergabe von städtischem Wohnraum in Hamburg aufklären. Der SPD-Senat versucht den Fall zu vertuschen.

Der Immobilienbesitz von Hamburgs größter städtischer Wohnungsgesellschaft, der Saga, ist auch für Unkundige in den Straßen der noblen Hansestadt leicht auszumachen: Von den Fassaden bröckelt der Putz, Regenrinnen sind abgerissen, Fensterahmen verwittert.

Die Mieter der verfallenden Bauten – ein Drittel lebt von Sozialhilfe, jeder



Saga-Aufseher Wagner: Gefährdet durch Genossenfälsch

nen. Doch die Hoffnungen auf große Stunden, in denen sich vor einem deutschen Strafgericht erstmals ein ehemaliges Staatsoberhaupt rechtfertigt, sie werden nicht erfüllt werden. Man wird beschäftigt sein mit dem Messen des Tumors und den Überlegungen, was zu tun ist, damit der Haupt-Angeklagte noch ein paar Tage länger fit bleibt.

Den einzigen wahrhaft historischen großen Moment, das ist zu fürchten, wird der Justizbeamte erlebt haben, der, vom Vorsitzenden Richter dazu aufgefordert, aus dem überfüllten Saal hinaus ins pompöse steinerne Treppenhaus trat und mit der Lautstärke der Trompeten von Jericho rief: „In der Strafsache Honecker und andere“, hier machte er eine ganz kleine Pause, „bitte die Prozeßbeteiligten eintreten!“

fünfte ist Ausländer – kämpfen mit feuchten Wänden und lecken Dächern. Etliche haben kein Bad und heizen mit Kohle.

Doch es gibt Ausnahmen. In den feinen Elbvororten und an der Alster verwaltet die Saga einige hundert schicke Häuser. In den oft renovierten Gebäuden mit gepflegten Gärten leben nicht nur Rechtsanwälte oder Architekten, sondern auch auffallend viele städtische Bedienstete und Saga-Mitarbeiter, häufig mit SPD-Parteibuch.

Alles ist hier ein bißchen besser – auch die Mieten. Die gutverdienende Klientel zahlt in ihren Häusern häufig weit weniger als die Sozialmieter.

Im Hamburger Westen haben Beamte und Saga-Angestellte klammheimlich nahezu ein ganzes Viertel unter sich aufgeteilt, die Steenkamp-Siedlung. Dort le-



Vernachlässigte Saga-Immobilie*: „Zutiefst verabscheuungswürdig“

ben die Staatsdiener zumeist zu Spottmieten zwischen vier und sechs Mark pro Quadratmeter. Nur selten werde eine Wohnung auf dem freien Markt angeboten, wissen Saga-Mitarbeiter, oft schieben sich die Bediensteten die Traumunterkünfte gegenseitig zu.

Der Genossenfilz im SPD-regierten Stadtstaat, von dem auch etliche Spitzenbeamte und Bürgerschaftsabgeordnete profitieren, wird in dieser Woche erstmals einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß beschäftigen. Von dessen Ausgang hängt es ab, ob sich der umstrittene Bausenator und Saga-Aufsichtsratsvorsitzende Eugen Wagner (SPD) weiter im Amt halten kann.

„Ihnen ist das Gespür dafür verlorengegangen, was vielleicht noch legal, aber dennoch zutiefst verabscheuungswürdig ist“, hält der Unionsabgeordnete Fridtjof Kelber den mauschelnden Funktionären vor. Während dem Unternehmen das Geld für die Erhaltung der Immobilien fehlt (Fachleute beziffern den Sanierungsaufwand für die 95 000 Wohnungen mittlerweile auf 500 Millionen Mark), sitzen 350 der 771 Bediensteten zu günstigen Bedingungen in gesellschaftseigenen Wohnungen. Nach Ansicht der grün-alternativen Abgeordneten Conny Jürgens ist die Saga deshalb bereits „Hamburgs größter selbstverwalteter Betrieb“.

Allein drei der vier Saga-Hauptabteilungsleiter im Bereich Wohnungswirtschaft resi-

dieren in feudalen Wohnungen an ersten Adressen, zu Mieten zwischen sieben und zehn Mark pro Quadratmeter. In vielen Fällen ließen sich die Angestellten noch schnell vor dem Einzug die Wohnungen auf den neuesten Stand bringen.

So investierten die Verwalter 160 000 Mark in die Wohnung (Quadratmetermiete: 8 Mark) ihres inzwischen entlassenen Abteilungsleiters Stephan Winkler – ohne eine darüber wohnende Rentnerin zu berücksichtigen. Sie heizt ihre spärliche Unterkunft noch immer mit Kohle, zahlt dennoch fast die gleiche Miete wie ihr Nachbar, der Ex-Saga-Manager.



Von der Saga sanierte Stadt-Villa*
Spottmieten für die Funktionäre

Unerklärlich ist es bis heute, wie auch gestandene Unternehmer in den Genuß von Billig-Mieten kommen. Der Hamburger Yuppie-Gastronom Hubert Sterzinger, der mit dem Groß-Makler Claus Becker ein profitables Gastronomie-Imperium aufgezogen hat, zahlt für etliche seiner einträglichen Bars und Restaurants weit weniger als die Nachbarschaft. Für die In-Kneipe Meyer-Lansky's in St. Pauli etwa überweist er monatlich lediglich eine Quadratmetermiete von acht Mark an die Saga – soviel wie für eine bessere Sozialwohnung.

Die Beispiele offenbaren teils dreiste Günstlingswirtschaft, teils auch eklatante Lücken im Mietrecht. Zwar ist verständlich, wenn Kommunen die Mieten in ihren Immobilien nur langsam anheben, um die Preise in den Ballungsgebieten nicht zusätzlich nach oben zu treiben – eine Maßnahme, die den Steuerzahler jährlich Hunderte von Millionen Mark kostet. Auch dürfen die ehemals gemeinnützigen städtischen Unternehmen laut Gesetz die Mieten ihrer Wohnungen nur um maximal fünf Prozent im Jahr anheben.

Allerdings profitieren von den Mietgeschenken vielerorts auch Bürger, die ohne weiteres mehr zahlen könnten. So werden derzeit Besserverdienende nur zur Kasse gebeten, wenn sie in einer Sozialwohnung sitzen, aber mit ihrem Einkommen über die Vergabegrenze für die Billig-Heime gerutscht sind.

Seit 1983 hat etwa Nordrhein-Westfalen mit der sogenannten Fehlbelegungsabgabe 840 Millionen Mark eingenommen; das Land konnte damit mehr als 8000 neue Sozialwohnungen finanzieren. In städtischen Wohnungen ohne Sozialbindung bleiben Gutverdienende jedoch unbehelligt, obwohl sie oft weniger als Sozialmieter zahlen.

Allein der Bauverein Darmstadt vermietet die Hälfte seiner 8500 Wohnungen zu Durchschnittsmieten von 4,50 Mark pro Quadratmeter. Da es keine Sozialwohnungen sind, muß keiner der oftmals gutsituierten Mieter Ausgleich zahlen. Der Sprecher des Verbandes der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft, Paul Leo Giani, kommentiert: „Das Saga-Problem gibt's überall.“

In der Tat ist die Saga-Affäre nur ein kleiner Ausschnitt aus Vetternwirtschaft und Sozialbetrug, der sich in Deutschland unverbilligten Wohnraum entspannt hat. In Hamburg, so ermittelte kürzlich die Meldestelle, mißbrauchen 13 000 Sozialmieter ihre Wohnung als Zweitunterkunft oder vermieten sie unter. Die Stadt ist machtlos,

* Oben: im Stadtteil Altona; unten: mit der Wohnung des Ex-Saga-Managers Winkler im Erdgeschoß.

weil die Nutzung von Sozialwohnungen als Zweitwohnraum nicht verboten ist.

In Frankfurt sind offensichtlich jahrelang Billig-Wohnungen unter dubiosen Kriterien vergeben worden. Die städtische Frankfurter Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen (ABG) etwa verfügt über 13 000 Wohnungen ohne Sozialbindung, die aber für Mieten weit unter dem Marktpreis vergeben werden.

Über 5000 dieser Wohnungen müssen, so errechnete der SPD-Stadtverordnete Karl-Heinz Berkemeier, in den letzten 18 Jahren neue Mieter bekommen haben. Doch dem Wohnungsamt gab die ABG in dieser Zeit gerade zwei Wohnungen zur Vermittlung weiter, der Rest ging unter der Hand weg.

Die Frankfurter Stadtväter möchten die dubiosen Praktiken am liebsten im verborgenen halten. Zwar wollen sie nun eine Liste aller Stadtverordneten und Magistratsmitglieder aufstellen, die preiswerten kommunalen Wohnraum gemietet haben. Das Papier allerdings soll geheim bleiben, die Liste geht nur an den Parlamentspräsidenten.

Auch Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) mauert erst einmal. Er kündigte kürzlich dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses an, die Saga werde Mieterakten der von ihr verwalteten städteigenen Wohnungen nur mit geschwärzten Namen herausrücken – Vertuschung im Sinne des Wortes.

Das indes mag sich der örtliche FDP-Chef Robert Vogel, Mitinitiator der Untersuchung, nicht bieten lassen. Er will die Stadt notfalls auf Herausgabe verklagen: „Dann werden wir sehen, ob wir einen neuen Diätenskandal bekommen.“

Bundeswehr

Sieg Heil

Soldaten und Rekruten waren an Ausschreitungen gegen Ausländer beteiligt.

Zwei Wochen nach der Ernennung zum Generalinspekteur der Bundeswehr schickte General Klaus Naumann einen Brandbrief an die Truppe. Weil Soldaten mit „radikalen und ausländerfeindlichen Parolen in Erscheinung getreten sind“, mahnte er am 14. Oktober vorigen Jahres, drohe „Schaden für das gute Ansehen unserer Bundeswehr im In- und Ausland“.

Die „sehr geehrten Damen und Herren Kommandeure und Einheitsführer“, befahl der General in einem vertraulichen Fernschreiben, sollten „die Entwicklung sorgfältig beobachten“. Mehr noch: Es gelte, so Naumann, „vorsorglich zu handeln“.

Die Truppe nahm den Warnbrief zur Gefahr von rechts gelassen zu den Ak-

ten. Selbst der Verteidigungsausschuß des Bundestages befaßte sich im Januar – drei Monate nach Naumanns Mahnung – nur kurz mit den Attacken von Soldaten auf Asylbewerber und andere Ausländer. Offizielle Begründung: Es handele sich bloß um „Einzelfälle“.

Erst am Mittwoch vergangener Woche kam das heikle Thema – unter dem Stichwort „Sonstiges“ – wieder auf die Tagesordnung. Heeresinspekteur Helge Hansen und Marinechef Hein-Peter Weyher hatten jetzt, ein Jahr nach Naumanns Appell, in Kommandeurbriefen „unerfreuliche Entwicklungen“ (Hansen) und „von unvorstellbarer Brutalität geprägte Angriffe gegen Ausländer“ (Weyher) angeprangert.



Heeresinspekteur Hansen
„Unerfreuliche Entwicklungen“

Soldaten der Bundeswehr waren wieder dabei. Dennoch sah Hardthöhen-Staatssekretär Peter Wichert „keinen Bedarf“, wie er im Ausschuß zu Protokoll gab, die Abgeordneten über rechts-extreme Umtriebe in den Streitkräften auf dem laufenden zu halten.

Der Wehrbeauftragte Alfred Biehle (CSU) war nicht minder zurückhaltend. Auch er erschien erst in der vorigen Woche mit einer „Übersicht“ über „rechtsextremistisches/ausländerfeindliches Verhalten von Bundeswehrsoldaten“ bei seinen Parlamentskollegen.

„Der Alfred“, schimpfte Biehles Duze-freund Walter Kolbow, Wehrexperte der SPD, „hätte ja schon eher etwas sagen können.“ Immerhin sei der Wehrbeauftragte doch ein „Kontrollorgan des Parlaments“.

Alarmierend waren die „Einzelfälle“ allemal, die Biehles Beamte penibel aufschrieben:

▷ in Rostock-Lichtenhagen, wo das Asylantenheim brannte, nahm ein Matrose an „Ausschreitungen der rechten Szene“ teil;

▷ in Köln hat ein Gefreiter „gemeinschaftlich mit anderen einen ausländischen Mitbürger zusammengeschlagen und anschließend beraubt“;

▷ in Flensburg war ein Panzersoldat beteiligt, als nach einem Streit „über Ausländerpolitik“ – so Biehle – ein „hilfloses Opfer (Deutscher) nach Stiefeltritten in ein Hafenbecken geworfen“ wurde.

Der Mann, der sich für Ausländer stark gemacht hatte, ertrank.

Der Verteidigungsausschuß erfuhr über Monate nichts von alledem. Er hörte auch nichts vom „Brüllen nationalsozialistischer Parolen im Kasernenbereich (Sieg Heil! Rotfront verecke!)“ in Mellrichstadt.

Biehles Liste war noch länger. In Stadt Allendorf war ein Soldat beim Brandanschlag auf eine Asylantenheim dabei. In Ellwangen erschien ein Schütze mit NSDAP-Parteiabzeichen an der Uniform zum Dienst.

Vergangene Woche versuchte das Verteidigungsministerium abermals die rechtsradikalen Umtriebe herunterzuspielen. Rund zwei Dutzend „besondere Vorkommnisse“ in diesem Jahr seien bei 440 000 Soldaten kaum erwähnenswert.

Das „paramilitärische Treiben“ auf „Übungsplätzen der Bundeswehr“ (Hansen) wurde bagatellisiert.

Trotz ihrer Verärgerung über die zaudernden Auskünfte Biehles hielten die Parlamentarier still. Die Bundeswehr, so meinten die Wehrexperten von

CDU/CSU, FDP und SPD in seltener Übereinstimmung, dürfe nicht „pauschal verurteilt“ werden.

„Die jungen Leute“, so Hansen, „bringen alle Vorstellungen und Verhaltensweisen, alle Hoffnungen und Träume, aber auch Verirrungen im Denken und Handeln der Jugend ihrer Zeit in unsere Kasernen mit.“ Die Bundeswehr, so CDU-Wehrexperte Thomas Kossendey, sei eben ein „Spiegel der Gesellschaft“.

„Wie soll denn ein junger Unteroffizier“, sekundierte der parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Werner Hoyer, „im politischen Unterricht die Asylproblematik erklären, wenn wir Politiker das nicht einmal schaffen?“

Für Generalleutnant Hansen ist die Sache klar. Er teilte seinen Untergebenen schlicht mit: „Ich überlasse es Ihrem Einfallsreichtum, den erzieherischen Prozeß in die Wege zu leiten.“